

Ecuador beschreitet den Weg zum politischen Wandel

Ecuador dient als typisches Beispiel dafür, dass wenn nicht ein politischer Umsturz ansteht, ein Vulkan ausbricht oder die ecuadorianische Fußball –Nationalmannschaft für Furore sorgt, es in den Medien kaum existiert und somit auch nicht von breiteren Bevölkerungskreisen wahrgenommen wird. Daher im Folgenden Ausführungen über die aktuelle politische und menschenrechtliche Situation des Landes, zwischen Kolumbien und Peru gelegen.

Das politische System und die Parteienlandschaft erstarrte ab Mitte der 90er Jahre immer mehr und blockierte jede Form eines konstruktiven Politikansatzes. Dies wird deutlich wenn man bedenkt, dass während der letzten 10 Jahre acht Präsidenten in den Präsidentenpalast Carondelet einzogen, der Kongress mit den entsprechenden Mehrheiten als „Gegenregierung“ zum amtierenden Präsidenten missbraucht wurde, zwei Jahre nach den Präsidentschaftswahlen knapp die Hälfte der Kongress-abgeordneten neu gewählt wird, ein amtierender Präsident nicht wieder gewählt werden kann und in selbstherrlicher Art und Weise die Neutralität des Justiz-apparates missbraucht und unterlaufen wurde. Um hier nur die schwerwiegendsten Gründe für den Verfall der politischen Kultur zu nennen. Eine tief sitzende Politikverdrossenheit innerhalb der Bevölkerung und Misstrauen gegenüber den Repräsentanten des demokratischen Systems waren die Folge.

In menschenrechtlicher Hinsicht verschlimmerte sich die Situation während der oben erwähnten Zeitspanne v.a. in den Bereichen Straflosigkeit, Gefängnissituation durch exzessive Überfüllung, Verfolgung und Entzug der Lebensgrundlagen ganzer indigener Gruppen im ecuadorianischen Amazonas – Tiefland bedingt durch weitflächige Ölförderung, die Auswirkungen des „Plan Colombia“, (offiziell: Drogenbekämpfungsplan in Kolumbien, unterstützt durch die Regierung der USA und Kolumbiens) und Bedrohung von sexuellen Minderheiten.

Der Vorgänger, Lucio Gutiérrez, des amtierenden Präsidenten schaffte es binnen kurzer Zeit das Fass nun ganz zum Überlaufen zu bringen und endgültig die Geduld weiter Bevölkerungsteile überzustrapazieren. Als Erneuerer der Parteienlandschaft angetreten und unterstützt durch die CONAIE (indigener Dachverband) und vielen NGO's und Gewerkschaften entpuppte er sich als „Wolf im Schafpelz“. Er rückte in Rekordzeit von seinen Wahlversprechen ab, lies bewusst die Regierungskoalition mit Vertretern des politischen Arms der Conaie, Pachacutik, platzen, ging sehr fragwürdige Bündnisse mit Vertretern des korrupten Parteiensystems ein um politisch überleben zu können und versuchte relativ lang mit repressiver Polizeigewalt Proteste im Keim zu ersticken. Die eigenmächtige Absetzung des Großteils der Richter des Obersten Gerichtshofes mit gleichzeitigem Amnestieversuch aus dem Lande verwiesener Ex-Präsidenten war für ihn der Anfang vom Ende seiner Regierungszeit. Massive Proteste in Quito, die Gutiérrez anfangs noch versuchte durch Polizei und instrumentalisierte und gewaltbereite Regierungsparteimitglieder und –Sympathisanten zu unterdrücken, brachten es mit sich, dass Lucio Gutiérrez per Hubschrauber den Regierungspalast im Frühjahr 2005 verlassen musste und nach Brasilien in´s zwischenzeitliche Exil flüchten musste.

Nach einer Übergangsregierung von Gutiérrez' Vizepräsidenten, Alfredo Palacio, wurde Ende 2006 Rafael Correa zum neuen ecuadorianischen Präsidenten gewählt. Dies mit deutlicher Mehrheit im zweiten entscheidenden Wahlgang, nachdem die erste Wahl Gustavo Noboa, einflussreicher Geschäftsmann und reichster Mann des Landes, knapp für sich entscheiden konnte.

Kaum, dass die Wahlergebnisse bestätigt waren, machte sich Correa schon an die Vorbereitung seines wichtigsten Regierungsprojektes, die politischen Strukturen und Abläufe im Lande nachhaltig umzugestalten mittels der Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung. Da seine Partei keine Kandidaten für den Kongress aufstellte, fehlte ihm eine parteipolitische Grundlage in der Abgeordnetenversammlung, welche jahrelang als „Gegenparlament“ missbraucht wurde. Durch geschicktes Verhandeln gelang es ihm, die konservative Mehrheit im Kongress zu überwinden. Somit war der Weg frei, um die Bevölkerung am 15.4.2007 entscheiden zu lassen, ob eine Verfassunggebende Versammlung einberufen werden soll. Dabei errang die Regierungskoalition einen deutlichen Sieg, so dass nun Mitte Juni das Oberste Wahlgericht die eingereichten KandidatInnen – Vorschläge bestätigen wird und die Abgeordneten für die „Constituente“ am 30.09.2007 gewählt werden. Gewählt werden können 100 nationale Abgeordnete, 24 Kandidaten aus den Provinzen und sechs Abgeordnete, welche die im Ausland lebenden Ecuadorianer vertreten sollen. Für die 130 Sitze der Verfassunggebenden Versammlung stellen sich mehr als 3300 KandidatInnen zur Wahl. Vorerst ist ein Zeitraum von 180 Tagen vorgegeben, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Während der ganzen Vorbereitungszeit, um eine konkrete Verfassungsreform zu erreichen, wurde die Regierung mehrfach durch unterstützende Demonstrationen breiter Bevölkerungsteile in ihrem Kurs bestätigt. Dies war in Ecuador schon lange nicht mehr zu beobachten!

Während der ersten Monate der Legislaturperiode Correas' wurde aber auch deutlich, dass der Präsident auch in anderen Politikfeldern versucht konkrete und nachhaltige Korrekturen zu erreichen. Dabei sind hervorzuheben:

- eine klare Ablehnung der Nutzungsverlängerung der Luftwaffenbasis in Manta durch die US – amerikanische Luftwaffe. Durch eine nicht verfassungskonforme Entscheidung, deren Genehmigungszeitraum 2009(?) ausläuft wird es dem US – Militär ermöglicht, im Rahmen des „Plan Colombia“ Erkundungsflüge von ecuadorianischem Territorium in den Süden Kolumbiens zu unternehmen, um gemäß offizieller Verlautbarungen bilaterale Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenanbaus zu unterstützen. Vielmehr soll aber v.a. die mittlerweile einzige und einflussreiche Guerilla in Kolumbien, FARC, beseitigt werden.
- Um einen konkreten Beitrag zur Minderung der Folgen des Klimawandels beitragen zu können, will die Correa – Regierung auf die Ausbeutung des im Yasuni – Nationalparks (Amazonas – Tiefland) gelegenen Ishpingo – Tampocochoa – Tiputini Ölfeldes verzichten. Dort ist eine Ölfördermenge von ca.1 Billion Barrel Rohöl nachgewiesen. Das Land würde bei entsprechender Ölförderung jährlich ca. 700 Millionen Dollar einnehmen. Multilaterale Organisationen, befreundete Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Spender sollen einen ausreichenden Kompensationsbetrag generieren, um die Emission von Kohlenstoffen in die Atmosphäre zu vermeiden und die Lebensgrundlagen dort lebender Ethnien zu erhalten.

- Durch die frühzeitige Rückzahlung von 11,4 Millionen Dollar an den IWF beendet die amtierende Regierung die Zusammenarbeit mit dem Int. Weltwährungsfonds und verhindert somit eine maßgebliche Einflussnahme dieser Institution auf die Finanz- und Kreditpolitik des Landes. Bestärkt durch den aus Sicht Correa´s positiven Ausgang der Wahl zur Durchführung einer Verfassungsgebenden Versammlung, wurde ein einflußreicher Repräsentant der Weltbank in Ecuador zur „persona non grata“ erklärt. Hintergrund ist der 2002, für Ecuador sehr nachteilige, unter maßgeblicher Mitwirkung der Weltbank entstandene Wirtschafts- und Investitionsfonds, welcher die prozentuale Aufschlüsselung der Unternehmensgewinne durch das Ölfördergeschäft und dessen, was an Einnahmen im Lande bleibt, festlegt. Durch einen Beschluss des ecuadorianischen Kongresses wurde nun eine neue Gewichtung des entsprechenden Fonds festgelegt: 40% der Fondsgelder in Investitionen im Wirtschaftssektor und zur Begleichung der Auslandsschulden, 30% in Investitionen im Bildungs- und Gesundheitssektor, 20% in die Katastrophenhilfe und 10% in Investitionen im Wissenschafts- und Technologiebereich fließen.

Weitere flankierende Maßnahmen im menschenrechtlichen, als auch im Finanz- und Medienbereich verdeutlichen, dass die Regierung Correa mit Hochdruck an einer grundlegenden Reformierung der politischen Realität in Ecuador arbeitet. Dabei kann sich die amtierende Regierung der moralischen Unterstützung des venezolanischen und bolivianischen Präsidenten, Hugo Chavez und Evo Morales sicher sein. Nach jahrelanger, tiefsitzender Stagnation bedingt durch korrupte parteipolitische Vetternwirtschaft, scheint eine reale politische Perspektive in Ecuador sichtbar.

Norbert Blendinger
Gruppensprecher Ecuador Ko - Gruppe

Ecuador beschreitet den Weg zum politischen Wandel

Ecuador dient als typisches Beispiel dafür, dass wenn nicht ein politischer Umsturz ansteht, ein Vulkan ausbricht oder die ecuadorianische Fußball – Nationalmannschaft für Furore sorgt, es in den Medien kaum existiert und somit auch nicht von breiteren Bevölkerungskreisen wahrgenommen wird. Daher im Folgenden Ausführungen über die aktuelle politische und menschenrechtliche Situation des Landes, zwischen Kolumbien und Peru gelegen.

Nachdem Luzio Gutierrez, Ex – Militär und Mitinitiator eines wenige Jahre zurückliegenden Regierungssturzes, während seiner Präsidentschaft das Land völlig politisch und sozial gespalten hatte und durch Massenproteste das Land fluchtartig verlassen musste, schloß sich eine Übergangsregierung von Gutierrez´ Vizepäsidenten, Alfredo Palacio, an. Ende 2006 wurde nach einem oft emotional und weniger sachbezogen geführten Wahlkampf der Finanzfachmann Rafael Correa zum neuen ecuadorianischen Präsidenten gewählt. Dies mit deutlicher Mehrheit im zweiten entscheidenden Wahlgang, nachdem die erste Wahl Gustavo Noboa, einflussreicher Geschäftsmann und reichster Mann des Landes, knapp für sich entscheiden konnte.

Kaum, dass die Wahlergebnisse bestätigt waren, machte sich Correa schon an die Vorbereitung seines wichtigsten Regierungsprojektes, die politischen Strukturen und Abläufe im Lande nachhaltig umzugestalten mittels der Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung. Da seine Partei keine Kandidaten für den Kongress aufstellte, fehlte ihm eine parteipolitische Grundlage in der Abgeordnetenversammlung, welche jahrelang als „Gegenparlament“ missbraucht wurde. Durch geschicktes Verhandeln gelang es ihm, die konservative Mehrheit im Kongress zu überwinden. Somit war der Weg frei, um die Bevölkerung am 15.4.2007 entscheiden zu lassen, ob eine Verfassunggebende Versammlung einberufen werden soll. Dabei errang die Regierungskoalition einen deutlichen Sieg, so dass es nun dem Obersten Wahlgericht obliegt, die KandidatInnenlisten zu prüfen, zu bestätigen und die Wahl der Abgeordneten für die „Constituente“ am 30.09.2007 erfolgen wird. Gewählt werden können 100 nationale, 24 Kandidaten aus den Provinzen und sechs Abgeordnete, welche die im Ausland lebenden Ecuadorianer vertreten sollen. Für die 130 Sitze der Verfassunggebenden Versammlung stellen sich mehr als 3300 KandidatInnen zur Wahl. Vorerst ist ein Zeitraum von 180 Tagen vorgegeben, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Während der ganzen Vorbereitungszeit, um die Einsetzung einer „Constituente“ und nachfolgend eine konkrete Verfassungsreform zu erreichen, wurde die Regierung mehrfach durch unterstützende Demonstrationen breiter Bevölkerungsteile in ihrem Kurs bestätigt. Dies war in Ecuador schon lange nicht mehr zu beobachten!

Während der ersten Monate der Legislaturperiode Correas´ wurde aber auch deutlich, dass der Präsident auch in anderen Politikfeldern versucht konkrete und nachhaltige Korrekturen zu erreichen. Dabei sind hervorzuheben:

- eine klare Ablehnung der Nutzungsverlängerung der Luftwaffenbasis in Manta durch die US – amerikanische Luftwaffe. Durch eine nicht verfassungskonforme Entscheidung, deren Genehmigungszeitraum 2009

ausläuft wird es dem US – Militär ermöglicht, im Rahmen des „Plan Colombia“ Erkundungsflüge von ecuadorianischem Territorium in den Süden Kolumbiens zu unternehmen, um gemäß offizieller Verlautbarungen bilaterale Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenanbaus zu unterstützen. Vielmehr soll aber v.a. die mittlerweile einzige und einflussreiche Guerilla in Kolumbien, FARC, beseitigt werden.

- Um einen konkreten Beitrag zur Minderung der Folgen des Klimawandels beitragen zu können, will die Correa – Regierung auf die Ausbeutung des im Yasuni – Nationalparks (Amazonas – Tiefland) gelegenen Ishpingo – Tampococho – Tiputini Ölfeldes verzichten. Dort ist eine Ölfördermenge von ca. 1 Billion Barrel Rohöl nachgewiesen. Das Land würde bei entsprechender Ölförderung jährlich ca. 700 Millionen Dollar einnehmen. Multilaterale Organisationen, befreundete Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Spender sollen einen ausreichenden Kompensationsbetrag generieren, um die Emission von Kohlenstoffen in die Atmosphäre zu vermeiden und die Lebensgrundlagen dort lebender Ethnien zu erhalten.
- Durch die frühzeitige Rückzahlung von 11,4 Millionen Dollar an den IWF beendet die amtierende Regierung die Zusammenarbeit mit dem Int. Weltwährungsfonds und verhindert somit eine maßgebliche Einflussnahme dieser Institution auf die zukünftige Finanz- und Kreditpolitik des Landes. Bestärkt durch den aus Sicht Correa´s positiven Ausgang der Wahl zur Durchführung einer Verfassunggebenden Versammlung, wurde ein einflussreicher Repräsentant der Weltbank in Ecuador zur „persona non grata“ erklärt. Hintergrund ist der 2002, für Ecuador sehr nachteilige, unter maßgeblicher Mitwirkung der Weltbank entstandene Wirtschafts- und Investitionsfonds, welcher die prozentuale Aufschlüsselung der Unternehmensgewinne durch das Ölfördergeschäft und dessen, was an Einnahmen im Lande bleibt, festlegt. Durch einen Beschluss des ecuadorianischen Kongresses wurde nun eine neue Gewichtung des entsprechenden Fonds festgelegt: 40% der Fondsgelder für Investitionen im Wirtschaftssektor und zur Begleichung der Auslandsschulden, 30% für Investitionen im Bildungs- und Gesundheitssektor, 20% für die Katastrophenhilfe und 10% für Investitionen im Wissenschafts- und Technologiebereich.

Weitere flankierende Maßnahmen im menschenrechtlichen, als auch im Finanz- und Medienbereich verdeutlichen, dass die Regierung Correa mit Hochdruck an einer grundlegenden Reformierung der politischen Realität in Ecuador arbeitet. Dabei kann sich die amtierende Regierung der moralischen Unterstützung der venezolanischen und bolivianischen Präsidenten, Hugo Chavez und Evo Morales sicher sein. Nach jahrelanger, tiefsitzender Stagnation bedingt durch korrupte parteipolitische Vetternwirtschaft, scheint eine reale politische Perspektive in Ecuador sichtbar.

Rückblickend wird anhand einiger Beispiele deutlich, wie dringend Ecuador einer grundlegenden Änderung der politischen und juristischen Strukturen bedarf. Das politische System und die Parteienlandschaft erstarrte ab Mitte der 90er Jahre immer mehr und blockierte jede Form eines konstruktiven Politikansatzes. Dies wird deutlich wenn man bedenkt, dass während der letzten 10 Jahre acht Präsidenten in den Präsidentenpalast Carondelet einzogen, der Kongress mit den entsprechenden Mehrheiten als „Gegenregierung“ zum amtierenden Präsidenten missbraucht wurde, zwei Jahre nach den Präsidentschaftswahlen knapp die Hälfte der

Kongressabgeordneten neu gewählt wird, ein amtierender Präsident nicht wieder gewählt werden kann und in selbstherrlicher Art und Weise die Neutralität des Justizapparates missbraucht und unterlaufen wurde. Um hier nur die schwerwiegendsten Gründe für den Verfall der politischen Kultur zu nennen. Eine tief sitzende Politikverdrossenheit innerhalb der Bevölkerung und Misstrauen gegenüber den Repräsentanten des demokratischen Systems waren die Folge.

In menschenrechtlicher Hinsicht verschlimmerte sich die Situation während der oben erwähnten Zeitspanne v.a. in den Bereichen Strafflosigkeit, katastrophale Gefängnissituation durch exzessive Überfüllung, Verfolgung und Entzug der Lebensgrundlagen ganzer indigener Gruppen im ecuadorianischen Amazonas – Tiefland bedingt durch weitflächige Ölförderung, die Auswirkungen des „Plan Colombia“, (offiziell: Drogenbekämpfungsplan in Kolumbien, unterstützt durch die Regierung der USA und Bogota) und Bedrohung von sexuellen Minderheiten.

Der Vorgänger, Lucio Gutiérrez, des amtierenden Präsidenten schaffte es binnen kurzer Zeit das Fass nun ganz zum Überlaufen zu bringen und endgültig die Geduld weiter Bevölkerungsteile überzustrapazieren. Als Erneuerer der Parteienlandschaft angetreten und unterstützt durch die CONAIE (indigener Dachverband) und vielen NGO's und Gewerkschaften entpuppte er sich als „Wolf im Schafpelz“. Er rückte in Rekordzeit von seinen Wahlversprechen ab, lies bewusst die Regierungskoalition mit Vertretern des politischen Arms der Conaie, Pachacutik, platzen, ging sehr fragwürdige Bündnisse mit Vertretern des korrupten Parteiensystems ein um politisch überleben zu können und versuchte relativ lang mit repressiver Polizeigewalt Proteste im Keim zu ersticken. Die eigenmächtige Absetzung des Großteils der Richter des Obersten Gerichtshofes mit gleichzeitigen Amnestieversuch aus dem Lande verwiesener Ex-Präsidenten war für ihn der Anfang vom Ende seiner Regierungszeit. Massive Proteste in Quito, die Gutiérrez anfangs noch versuchte durch Polizei und instrumentalisierte und gewaltbereite Regierungsparteimitglieder und –Sympathisanten zu unterdrücken, brachten es mit sich, dass Lucio Gutiérrez per Hubschrauber den Regierungspalast im Frühjahr 2005 verlassen und nach Brasilien in´s zwischenzeitliche Exil flüchten musste.

Norbert Blendinger
Gruppensprecher Ecuador Koordination